Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

166 (19.7.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. VI. 3365.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 3 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 166 | **Freitag, den 19. Juli 1935** | **107. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Ministerpräsident Göring hat sich in einem Erlaß gegen den politischen Katholizismus gewandt und eine klare Scheidung zwischen Religion und Politik gefordert.

•

Die Aenderungen des Militärstrafgesetzbuches werden nun bekanntgegeben.

•

In Dortmund fand am Donnerstag die Beisetzung der 15 Opfer des Grubenunglücks statt.

•

Nach einer Rede des Kaisers von Abessinien vor dem Parlament ist dieses zum Abwehrkampf bis zum letzten Mann entschlossen.

•

Trotz des Aufmarschverbotes, das über ganz Frankreich verhängt ist, wollen am Freitag Beamtenverbände und Eisenbahner in Paris gegen die neue Sparverordnung Lavals demonstrieren.

•

Die blutigen Zusammenstöße in Belfast in Nordirland wurden nun durch Miltär unterdrückt.

Zehn Jahre „Mein Kampf"

DNB. **Berlin,** 18. Juli. Am 18. Juli 1925, heute vor 10 Jahren, wurde das Werk des Führers „Mein Kampf" der Oeffentlichkeit übergeben. Dieser Markstein in der Geschichte der Bewegung war am Donnerstag Anlaß einer Reichssendung des deutschen Rundfunks. Engste Mitkämpfer des Führers, SS-Oberführer Schaub und Stadtrat Maurice, gaben in einem Zwiegespräch ein packendes Bild der Werdezeit der Bewegung und der Sinngebung des Nationalsozialismus. Wer den durch schmählichen Verrat bedingten Zusammenbruch der Aktion vor der Feldherrnhalle zu München miterlebt hat, der kann den endlichen Sieg erst recht würdigen, der ohne das Werk des Führers nicht denkbar ist.

Aus dem scheinbaren Niedergang erwuchs der Aufstieg.

Morgen für morgen, so erzählten die Kampf- und Leidensgenossen, wenn nur die ersten Sonnenstrahlen über die Festungsmauern zu Landsberg am Lech leuchteten, tippte der Führer Wort um Wort auf der kleinen Schreibmaschine. Die Sätze reihten sich, sie wurden Inhalt des Glaubens an die Wiedergeburt unseres Vaterlandes. Köstliche Feierstunden bereitete es dann, wenn der Führer schließlich in stillen Abendstunden fertige Kapitel vorlas. Der Führer hat in sein Buch sein eigenes Innere hineingelegt, sein eigenes Leben verankert; das ist die schönste Feststellung der Gefährten Adolf Hitlers aus dieser Zeit der Festungshaft. Während alles Vermögen, jeder Sachwert der Bewegung beschlagnahmt wurde, entstanden zu Landsberg durch die Worte des Führers nicht nur die ideellen Grundlagen des neuen Staates und das Lehrbuch der Parteigenossen und des ganzen deutschen Volkes, sondern auch durch den materiellen Erfolg die Möglichkeit zum Neuaufbau der Partei.

Die Kampfjahre zogen dann in Ausschnittbildern am Hörer vorüber. Von 1923 klangen die Namen der Toten auf, die ihre Pflicht bis zur letzten Konsequenz taten und ihr Leben dem deutschen Volke opferten. Jahre um Jahre zerrannen. Keines war ohne Kämpfe, jedoch jedes förderte den Aufstieg. Vor dem Grundsätzlichen, das der Führer schrieb, steckten schon damals die Marxisten die Köpfe in den Sand. Sie wußten nur zu genau, daß ihre Lügendlehre hier ihren Bezwinger fand.

Immer höher wuchsen die Auflageziffern und im gleichen Schritt faßte die Bewegung Boden. 1926 konnte mit diesem einzigartigen Rüstzeuge dann Dr. Göbbels den Kampf um Berlin aufnehmen, den er zu einem so glückhaften Siege führen konnte. Im kleinsten Ort wirkten die Worte des Führers. Das Ausland wurde aufmerksam, und schließlich überschritt die Auflageziffer die halbe Million.

Eindrucksvoll war dann der Hörbericht, wie der Sieg des Jahres 1933 die Auflageziffern vom 600 000 über 1½ Millionen zu 2 Millionen in unseren Tagen steigerte, ein Erfolg ohnegleichen in der Weltgeschichte, der nur möglich war, weil das Buch „Mein Kampf" die Grundlage der deutschen Weltanschauung, die Richtschnur des Lebens und Strebens jedes Deutschen geworden ist.

Appell an die Radfahrer!

Berlin, 18 Juli. Der Reichsverkehrsminister hat den obersten Landesbehörden durch besonderen Runderlaß einen Appell an die Radfahrer zur Wahrung der Fahrdisziplin zur Kenntnis gebracht, darüber hinaus jedoch, wie das NdZ meldet, die mit der Ueberwachung des Straßenverkehrs betrauten Behörden angewiesen, nachdrücklichst die gerade bei Radfahrern beobachteten Verkehrswidrigkeiten zu bekämpfen. Sollte so erklärt der Minister weiter, „die Disziplinlosigkeit der Radfahrer anhalten würde ich von neuem die Frage prüfen, ob nicht doch der Nummernzwang für Fahrräder einzuführen sein wird. Ich behalte mir vor, zu gegebener Zeit einen Bericht über die Wirkung meiner Mahnung einzufordern."

Gegen den politischen Katholizismus

Klare Scheidung zwischen Religion und Politik — Ein Erlaß des Ministerpräsidenten Göring

Berlin, 18. Juli. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt mit:

Der preußische Ministerpräsident und Chef der Geheimen Staatspolizei, General Göring, hat in einem Erlaß an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten sich mit der ablehnenden Haltung gewisser Kreise des katholischen Klerus gegen den Nationalsozialismus und seine Einrichtungen befaßt. In bewußter Verkennung der außerordentlichen Leistungen des nationalsozialistischen Staates und im Gegensatz zu der bereitwilligen Anerkennung, wie sie das gesamte Volk für seine erfolgreichen Anstrengungen auf allen Lebensgebieten zollt, glaubt eine Anzahl katholischer Geistlicher immer noch, die ihnen anvertrauten Volksgenossen an der nationalsozialistischen Idee irre machen zu sollen, nur weil sie ihren politischen Einfluß schwinden sehen.

Der Ministerpräsident lehnt die Entfesselung eines Kulturkampfes gegen die katholische Kirche nach wie vor auf das bestimmteste ab. Er hält es aber für unbedingt notwendig, mit aller Energie gegen diejenigen Bestrebungen vorzugehen, die von dem politischen Katholizismus her dem nationalsozialistischen Staate im Kampfe entgegentreten. Demgemäß hat er, um dem Treiben solcher antinationalsozialistischen katholischen Geistlichkeit, deren Einstellung und Haltung immer noch in der Gedankenwelt der ehemaligen Zentrumspartei wurzelt, ein Ende zu bereiten, die Staatsbehörden angewiesen, mit allen gesetzlichen Mitteln gegen solche Mitglieder des Klerus vorzugehen, die die Autorität ihrer geistlichen Stellung zu politischen Zwecken mißbrauchen.

Der Erlaß führt u. a. aus: Die Linie der Staatsführung in der Behandlung des politischen Katholizismus ist eindeutig und klar vorgezeichnet. **Der nationalsozialistische Staat gewährleistet die Unversehrtheit der christlichen und damit auch der katholischen Kirche;** er gewährt ihr und ihren religiösen Einrichtungen seinen Schutz. Die Zeiten, in denen der Wille und die Macht des Staates nicht hinreichten, die Kirche vor den zersetzenden Einflüssen der Gottlosenbewegung wirksam zu schützen, sind vorüber. **Für die Kirche entfällt damit jede Veranlassung, über das Gebiet religiöser Betätigung hinaus politische Einflüsse aufrechtzuerhalten oder von neuem anzustreben.** Sie darf daher weder Gott anrufen gegen diesen Staat, eine Ungeheuerlichkeit, die wir in offener und versteckter Form allsonntäglich erleben, noch darf sie eigene politische Kräfte unter der fadenscheinigen Begründung organisieren, sie müsse vom Staat her drohende Gefahren abwehren. **Wir dulden Bestrebungen nicht, deren Träger früher das Zentrum war.** Wir bekämpfen sie, auch wenn sie unter dem Deckmantel religiöser Betätigung in Erscheinung treten; wir bekämpfen sie um so entschiedener je mehr sie sich in hinterhältige und verlogene Formen kleiden. Dazu gehört es, wenn Kleriker, die sich mit der politischen Totalität des Nationalsozialismus nicht abfinden wollen, in letzter Zeit mehr und mehr die Ausdrucksform, Wortprägungen und Symbole des nationalsozialistischen Kampfes auf ihren angeblichen „Kampf" übertragen. Sie wenden jedem Volksgenossen in Fleisch und Blut übergegangene Abkürzungen — wie HJ. auf „Herz-Jesu-Jugend", BdM. auf „Bund der Marienmädchen" — und Abwandlung des deutschen Grußes auf Jesus Christus an. Sie belassen es nicht bei den althergebrachten kirchlichen Veranstaltungen, sondern häufen große demonstrative Prozessionen und Kirchenfeste und bedienen sich dabei einer in der Vergangenheit noch nicht dagewesenen Aufmachung und Werbung für diese Veranstaltungen. Neben allen, dem nationalsozialistischen Kampf abgesehenen äußeren Formen, verleiten sie die ihnen zur religiösen Betreuung anvertrauten Volksgenossen zu scheinheiligen Ausrufen, wie: „Unser himmlischer Führer Jesus Christus Treu-Heil!"

Von der Kanzel setzen sie staatliche Einrichtungen und Maßnahmen ohne Scheu herab. Der Ministerpräsident nimmt dabei auf den kürzlich ergangenen Erlaß des Reichs- und preußischen Ministers des Innern Bezug, der sich gegen die Sabotage der Rassengesetze wendet. Es ist so weit gekommen, daß gläubige Katholiken als einzigen Eindruck aus dem Besuch des Gottesdienstes mitnehmen, daß die katholische Kirche Einrichtungen des nationalsozialistischen Staates ablehnt, weil in den Predigten fortgesetzt auf politische Fragen und Tagesereignisse in polemischer Weise angespielt wird. In manchen Landesteilen vergeht fast kein Sonntag, an dem nicht die religiöse Ergriffenheit des Gottesdienstes zur Vorlesung sogenannter „Kanzelerklärungen" über rein politische Dinge mißbraucht wird.

Die kirchlichen Oberen sind nach dem von ihnen geschworenen Bischofseid der Regierung Achtung schuldig und verpflichtet, sie auch vom Klerus achten zu lassen. Nach ihren Erklärungen verurteilen sie auch das geschilderte Treiben. Anscheinend sind sie aber gegen gewisse Teile des Klerus machtlos. Da alle Warnungen nur zu einem Mißbrauch der bisherigen Nachsicht geführt haben, erwartet der Ministerpräsident nunmehr von allen Strafverfolgungsbehörden, daß sie die ganze Härte der bestehenden Bestimmungen in Anwendung bringen.

Der Erlaß führt dann die zahlreichen Fälle auf, in denen Kleriker ihren staatsfeindlichen Einfluß geltend zu machen versucht haben und stellt dar, wie diesem Gebaren zu begegnen ist. Grundsätzlich wird festgestellt, daß von den Geistlichen, soweit sie — namentlich im Religionsunterricht — im Staatsdienst tätig sind, verlangt werden muß, daß sie sich nicht nur während des Unterrichts jeder negativen Einstellung gegenüber dem Nationalsozialismus zu enthalten haben, sondern daß sie darüber hinaus, wie alle anderen Staatsdiener, für den nationalsozialistischen Staat positiv einzutreten haben, sich also mit ihrer ganzen Persönlichkeit rückhaltlos hinter ihn stellen müssen. Nur dann könne der Nationalsozialismus den Geistlichen die religiöse Miterziehung der Jugend anvertrauen. Der Ministerpräsident stellt ferner fest, daß die sogenannten konfessionellen Jugendverbände sich immer mehr von ihrer ausschließlich religiösen Betätigung entfernen.

Wenn nicht eine vollständige Umstellung hierin eintritt, sind die Verbände als politische anzusehen und zu verbieten. Das Tragen von Uniformen und alle volkssportliche Betätigung ist ausschließlich der Staatsjugend und den anderen Gliederungen der Partei vorbehalten.

Der Ministerpräsident macht es allen Staatsbehörden zur Pflicht, die aufgezeigten Mißstände entschieden zu unterbinden, sich dabei aber der ganzen Schwere der Verantwortung bei der Anwendung der gesetzlich gegebenen Handhaben bewußt zu sein. Die Macht des nationalsozialistischen Staates gestattet es, die aufgezeigten Mittel mit aller Betonnenheit anzuwenden; daß er mit der katholischen Kirche grundsätzlich in friedlichen und geordneten Verhältnissen leben will, hat er durch den Abschluß des Konkordats deutlich genug bewiesen. Im übrigen müßten die Entscheidungen von der Uebereinstimmung mit dem Empfinden der Volksgemeinschaft, die sich das Gefühl für Recht und Unrecht rein bewahrt hat, getragen sein. Dann werden auch diejenigen, gegen die sich die im Interesse der Staatsführung notwendigen Maßnahmen richten, in den Augen des Volkes nimmermehr als „Märtyrer" angesehen werden.

Der Gottesglauben und die Religion der katholischen Volksgenossen wird nicht angetastet, wir überlassen der katholischen genau so wie der evangelischen Kirche **die völlige Freiheit des Glaubens und der Lehre. Politisch aber ist nur eine Staatsauffassung in Deutschland vorhanden und denkbar: die nationalsozialistische Idee.** Wir wollen keinen Kulturkampf, da wir nur den politischen Kampf kennen; in diesem aber waren und bleiben wir siegreich. Zu diesem Grundgedanken betont der Ministerpräsident, daß der politische Katholizismus letzten Endes durch eine positive nationalsozialistische Aufbaupolitik überwunden werden muß, wobei er auf die besonders wichtige Rolle hinweist, die die HJ. im weltanschaulichen Ringen um die Jugend spielt. Der Ministerpräsident macht deshalb allen Behörden die nachdrücklichste Förderung der HJ. zur Pflicht. Schließlich weist er auf die Notwendigkeit engster Zusammenarbeit zwischen den Behörden der inneren und der Justizverwaltung, sowie zwischen den staatlichen Stellen und den maßgebenden Aemtern der Partei hin.

*

Erlaß über die Zusammenfassung der Zuständigkeiten des Reiches und Preußens in Kirchenangelegenheiten

DNB. **Berlin,** 18. Juli. Im Reichsgesetzblatt Teil I Nr. 80 vom 18. Juli wird folgender Erlaß veröffentlicht:

Auf den Reichsminister ohne Geschäftsbereich Kerrl gehen die bisher im Reichs- und preußischen Ministerium des Innern sowie im Reichs- und preußischen Ministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung bearbeiteten kirchlichen Angelegenheiten über.

Wegen der Ausführung dieses Erlasses treffen die beteiligten Reichs- und preußischen Minister nähere Bestimmungen.

Berlin, 16. Juli 1935.

Der Führer und Reichskanzler:
Adolf Hitler.
Der Reichsminister des Innern:
Frick.
Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung u. Volksbildung
Rust.
Der preußische Ministerpräsident:
In Vertretung: Körner.

Gegen Aberglauben und Okkultismus

DNB. **Berlin,** 18. Juli. Trotz aller Aufklärung und aller Bemühungen, den Aberglauben, der nicht nur, wie viele annehmen, auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten herrscht, auszurotten, zeigt sich, daß es noch sehr viel Zeitgenossen gibt, die in der Lage sind, von der Dummheit der Leute leben zu können. Okkultismus, Telpathie, so heißt das wissenschaftliche Mäntelchen, Kaffeegrund und Kartenschlagen sind das landläufige.

Kürzlich ging durch die Presse ein Artikel, der das Hellsehen aufgrund von Experimenten im Psychologischen Institut der Universität Bonn zum Gegenstand hatte. In diesem Zusammen-

hang wurde ein Dr. Bender genannt, der, wie er angab, an einer Studentin der Philosophie Hellseherscheinungen festgestellt haben wollte. Die Abteilung Schadenverhütung der NSV des Gaues Kurmark, die auch auf den Gebieten des Okkultismus und der Hellseherei Aufklärung leistet, hat diesen Fall aufgegriffen und in Zusammenarbeit mit der Landesstelle Brandenburg-Grenzmark des Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda zahlreiche Vertreter der Berliner Presse zusammengerufen, da sie auf dem Standpunkt steht, daß es sich bei den vorgenannten Experimenten in Bonn um wissenschaftlich zumindest umstrittene Vorgänge handelt.

Der bekannte Experimentator Alfred Kistenmacher gab die Stellungnahme bedeutender Wissenschaftler, wie Professor Dessoir, Universitätsprofessor Dr. Kollmann-Leipzig, Landgerichtsdirektor Dr. Hellwig-Potsdam und andere bekannt und betonte, daß die reale Wissenschaft den Okkultismus als bisher nicht erwiesen ablehnen müsse. Wenn hier und da immer wieder Verlautbarungen über wissenschaftlich festgestellte Hellseherei erscheinen, so handle es sich ausnahmslos um Aufbauschung von Einzelgängern. Die Abteilung Schadenverhütung der NSV bemühe sich seit langem, hier aufklärend zu wirken, um die Oeffentlichkeit davon zu überzeugen, daß es mit dem Wirken geheimnisvoller Kräfte bisher immer seine besondere Bewandtnis gehabt habe. Wahrsager, sogen. Telepathen und Jahrmarkts-Astrologen haben hier zum Schaden ihrer Mitmenschen sich die Tasche gefüllt. Es mag zugegeben werden, daß in einigen Fällen auch Gelehrte unbewußt das Opfer von Fälschungen geworden sind.

Der Vortragende hat bei einer Reihe von bekannten Wissenschaftlern, die sich ein Menschenalter hindurch mit der Frage des Okkultismus beschäftigt haben, Urteile über die Versuche in Bonn eingeholt. Einstimmig haben diese Wissenschaftler die Frage, ob ihnen in ihrer Praxis ein Fall einwandfreien Hellsehens bekannt geworden sei, verneinen müssen. Mit der gleichen Uebereinstimmung brachten diese Wissenschaftler auch zum Ausdruck, daß die Versuche Dr. Benders in Bonn stark umstritten seien.

Eine interessante Ergänzung der Ausführungen von Kistenmacher waren eine Reihe von Experimenten, die er selbst veranstaltete. Bei dem Unbefangenen mußte trotz gespanntester Aufmerksamkeit der Eindruck entstehen, daß man es hier mit einem Phänomen zu tun habe. Der Experimentator wies jedoch anschließend nach, daß es sich bei all den hoch interessanten Experimenten um reine Täuschungsmanöver, um Taschenspielerkunststückchen gehandelt hat. Sein Vortrag und seine Erläuterungen bewiesen eindeutig, wie notwendig es ist, in der Oeffentlichkeit immer wieder darauf hinzuweisen, daß es Hellseherei und ähnliche Dinge wissenschaftlich nachweisbar nicht gibt.

Gesetz zur Aenderung des Militärstrafgesetzbuches

Berlin, 18. Juli. Das im Reichsgesetzblatt Nr. 79 vom 17. Juli veröffentlichte Gesetz enthält die Aenderungen, die auf Grund des Wehrgesetzes im Militärstrafgesetzbuch erforderlich wurden. Es enthält folgende Grundzüge:

1. Das Militärstrafgesetzbuch ist nicht mehr allein auf Heer und Marine, sondern auf die ganze Wehrmacht abgestellt. Die Ehrenstrafe der Entfernung aus dem Heer oder der Marine wird durch die Ehrenstrafe des Verlustes der „Wehrwürdigkeit" ersetzt.

2. Für die Wehrpflichtigen des Beurlaubtenstandes werden besondere Strafbestimmungen wieder eingeführt.

3. Die Ehrenstrafe der Dienstentlassung für Mannschaften wird beseitigt, abgesehen von folgenden Fällen:

a) Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bis zu drei Jahren (über drei Jahre Verlust der Wehrwürdigkeit),

b) Gefängnis von längerer als einjähriger Dauer wegen vorsätzlich begangener Tat,

c) Unfähigkeit zum Bekleiden öffentlicher Aemter,

d) Anordnung der Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt oder in einer Entziehungsanstalt oder in einem Arbeitshaus oder Untersagung der Berufsausbildung.

Aus Grund des Wehrgesetzes gilt als Grundsatz, daß der während der Erfüllung seiner aktiven Wehrpflicht bestrafte Soldat die Strafzeit nach Strafverbüßung nachzudienen hat.

„Graf Zeppelin" in Pernambuco

DNB. **Hamburg**, 18. Juli. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" erreichte nach Mitteilung der Deutschen Seewarte um 19,40 Uhr Pernambuco.

Die Bluttat an dem Arbeitsdienstmann Koch vor Gericht

Zweiter Verhandlungstag.

DNB. **Siegen**, 18. Juli. Am Donnerstag wurden die Gutachten der medizinischen Sachverständigen erstattet. Die Schießsachverständigen erklärten übereinstimmend, daß der tödliche Schuß kein Nahschuß gewesen ist. Ueber die mögliche Entfernung gehen allerdings die Gutachten des zuständigen Gerichtsarztes Dr. Polle-Olpe und des bekannten Frankfurter Gerichtschemikers Professor Dr. Popp auseinander. Die Tatsache, daß der Rock des ermordeten Arbeitsdienstmannes Koch auf der Brustseite zwei Einschußöffnungen aufweist, erklärt Prof. Dr. Popp aus einer besonderen Stellung, die Koch in dem Augenblick, als der Schuß fiel, eingenommen haben müsse.

Ueber das Verhältnis des vielgenannten Vikars Ruhpieper, der kurz nach der Mordtat ebenfalls festgenommen wurde, weil ihm vorgeworfen wurde, daß er durch konfessionelle Hetze in der Bevölkerung Unruhe stifte, zu den nationalsozialistischen Verbänden, insbesondere der Hitlerjugend, wird alsdann der Zeuge HJ.-Führer Lübke vernommen, der aussagt, daß Vikar Ruhpieper ihn, Lübke, anläßlich eines Propagandamarsches der HJ. an einem Sonntagmorgen in der Nähe der Kirche in barscher Form zur Rede gestellt und ihm bedeutet habe, daß es verboten sei, während der Zeit des Gottesdienstes in der Nähe der Kirche öffentliche Aufzüge zu veranstalten. Lübke erklärte hierzu, es habe ihm ferngelegen, den Gottesdienst zu stören, zumal er selbst Katholik sei und mit einer Gruppe den Sonntagsgottesdienst an diesem Tage besucht habe. Unter großer Aufmerksamkeit der Zuhörer und des Gerichts begann dann die Vernehmung des Vikars Ruhpieper aus Kirchhundem. Der Vorsitzende richtete an den Zeugen die Frage: „Es wird behauptet, daß seit Ihrer Tätigkeit in Kirchhundem das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Freiwilligen Arbeitsdienst ein gespanntes gewesen sei". Der Zeuge erwiderte darauf, es hätten sich gleich am ersten Sonntag seiner Anwesenheit in Kirchhundem Schwierigkeiten ergeben wegen des Besuches des Gottesdienstes durch die Arbeitsdienstmänner. Es sei nicht wahr, wie ihm vorgeworfen wurde, daß er einen katholischen Arbeitsdienstmann zu sich gebeten habe, und von ihm Auskünfte verlangt habe. Dem Zeugen wird in seiner weiteren Vernehmung vom Vorsitzenden vorgehalten, daß er gelegentlich abfällige Aeußerungen über Regierung und Partei gemacht habe. Zu der Aussage des Zeugen Lübke bemerkte er, daß er diesen zwar in ernster Form, aber nicht erregt zurecht gewiesen habe. Zu den Vorgängen am 1. Mai erklärte der Zeuge, er sei abends mit dem letzten Zug angekommen und in Begleitung seiner Schwester und einer Bekannten nach Hause gegangen. Damals habe er den Angeklagten Saße kaum gekannt. Nur bei drei Gelegenheiten sei er flüchtig mit ihm in Berührung gekommen. Als er und seine Schwester kurze Zeit darauf zur Ruhe gegangen seien, hätten sie plötzlich von der Straße her Unruhe vernommen und als er ans Fenster gegangen sei, habe er dann noch mehrere Personen bemerkt. Er habe, ehe der erste Schuß fiel, einen Pfiff gehört. Der Vorsitzende richtet an den Zeugen die Frage, ob er seine Aussage auch beeiden könne. Es seien Zeugen vorhanden, die einwandfrei bekundeten, daß erst nach dem ersten Schuß der Pfiff ertönt sei. Der Zeuge bejaht, seine Aussage beeiden zu können.

Der politische Kreisleiter, der alsdann noch zur Persönlichkeit des Zeugen Ruhpieper vernommen wurde, stellte Ruhpieper ein denkbar ungünstiges Zeugnis aus und machte ihn verantwortlich für die Vergiftung der Atmosphäre in dem kleinen Sauerlanddorfe. Dieser politischen Brunnenvergiftung des Vikars sei mittelbar auch der Angeklagte zum Opfer gefallen.

Weitere Zeugenaussagen schilderten dann übereinstimmend die Ereignisse am Abend des 1. Mai. Immer wieder geht aus ihren Aussagen hervor, daß der Angeklagte Sasse an diesem Abend durch seine Redensarten seine konfessionelle Verhetzung dokumentiert habe.

Zum Abschluß der Verhandlung, die bis in den späten Abend hinein dauerte, kamen die psychiatrischen Sachverständigen zu Wort, die den Angeklagten als voll zurechnungsfähig bezeichneten, allerdings die Möglichkeit eines Gedächtnisschwundes nach der Tat offen ließen.

Die Verhandlung wird am Freitag morgen fortgesetzt. Das Urteil wird Freitag abend erwartet.

Abonniert das „Durlacher Tagblatt"

Die englischen Frontkämpfer wieder in Berlin

DNB. **Berlin**, 18. Juli. Der Führer des Kyffhäuserbundes, Oberst a. D. Reinhard, hatte am Donnerstag nachmittag die Vertreter der British Legion, die am Mittwoch abend wieder von Hamburg nach Berlin zurückgekehrt waren, zu einem Frühstück im Hotel Esplanade eingeladen. Zahlreiche Vertreter der deutschen Frontkämpferverbände hatten der Einladung gleichfalls Folge geleistet. Die Fahnen des neuen Deutschland und der Union Jack schmückten den Festsaal des Hotels Esplanade. Oberst a. D. Reinhard hob in seiner Begrüßungsansprache die kameradschaftliche Verbundenheit aller Frontkämpfer hervor. In seiner Antwort betonte Major Fetherstone-Godley, daß die ehemaligen Frontkämpfer durch ihre Zusammenarbeit untereinander ihren Ländern ebenso gut dienen wie die dem Frieden im allgemeinen.

Am Nachmittag waren die englischen Frontkämpfer Gäste des Reichsverbandes Deutscher Offiziere, der ihnen auf einem Ausflug nach Potsdam historische Stätten der preußischen Geschichte zeigte.

Die Ausgestaltung der deutsch-englischen Frontkämpferbeziehungen

DNB. **Berlin**, 18. Juli. Das Programm der Deutschlandreise der englischen Frontkämpfer sah am Donnerstag eine Arbeitsbesprechung über die künftige Ausgestaltung der gegenseitigen Beziehungen vor. Im Namen seines Verbandes lud dabei Major Gosley die deutschen Kameraden zur Teilnahme an der nächsten Jahrestagung der British Legion, Pfingsten 1936, nach England ein. Die deutschen Frontkämpfer nahmen diese Einladung mit großem Beifall auf. In der Zwischenzeit soll eine Englandreise deutscher Frontkämpfer dem Studium des Versorgungswerkes der British Legion und einem eingehenden Meinungsaustausch über die sozialen Einrichtungen dienen. Als besonders wichtig wurde festgestellt, daß die Jugend der Völker im Frontkämpfergeiste erzogen werde. Im Anschluß an den Besuch der Pariser Juli-Tagung der FIDAC, mit der die deutsch-englischen Frontkämpfer Begegnungen freundschaftliche Fühlung halten wollen, wurden Maßregeln zu einer engeren Verbindung zwischen Frontkämpfern und Jugend vorgesehen. Die Besprechungen zeichneten sich durch den kameradschaftlichen Geist und den herzlichen Ton aus, in dem alle Fragen erörtert wurden.

Großer Erfolg der deutschen Tanzgruppe in London

DNB. **London**, 18. Juli. Die erste öffentliche Vorstellung des internationalen Volkstanzfestes in der Albert-Hall brachte den Veranstaltern einen ungewöhnlichen Erfolg. Die riesige Halle war bis auf den letzten Platz gefüllt. Sämtliche Darstellungen wurden von den Zuschauern mit lebendigem Interesse und starkem Beifall aufgenommen. An dem Erfolg des Abends hatten auch die deutschen Teilnehmer ihren Anteil, da sie die Vorstellung mit dem Rothenburger Schäfertanz eröffnen konnten. Die exakten Figuren dieses 500 Jahre alten Volkstanzes rissen die Zuschauer immer wieder zu stärkstem Beifall hin. Die „Times" widmet dem Auftreten der deutschen Tanzgruppe lobende Worte und schreibt: „Der Rothenburger Schäfertanz war ein vollendetes Beispiel des wahren Volkstanzes, der durch eine ungebrochene Tradition in seiner Reinheit bewahrt worden ist."

Die Untersuchung des Kraftwagenunglückes des österreichischen Bundeskanzlers

Sabotage ausgeschlossen.

DNB. **Wien**, 18. Juli. Der Pressedienst der Linzer Sicherheitsdirektion meldet, daß die Untersuchung des zertrümmerten Kraftwagens, mit dem der Bundeskanzler Dr. Schuschnigg und seine Gattin verunglückten, nunmehr abgeschlossen ist.

Als Ergebnis der Untersuchung wird folgendes verlautbart: Die festgestellten Beschädigungen, Lockerungen und Bruchflächen der einzelnen Teile des Wagens weisen alle jene Merkmale auf, welche aus einer Entstehung unmittelbar durch den Unfall schließen lassen. Es wurden weder Anfeilungen noch Verletzungen gefunden, die durch fremde Hand entstanden sein könnten. Sabotagehandlungen sind daher als Ursache des Unfalls ausgeschlossen. Materialfehler wurden an dem Wagen trotz sorgfältigster Ueberprüfung nicht gefunden. Kein Teil des Leitungsgestänges weist Merkmale früherer Lockerungen auf und alle anderen Teile des Wagens lassen keineswegs den Schluß zu, daß ein technischer Mangel den Unfall herbeigeführt habe.

Das große Einmaleins

ROMAN VON HANNA PASSER

29. Fortsetzung

Die große Frau im Fauteuil ihr gegenüber mustert sie in strenger Erbarmungslosigkeit.

„Ach", sagt sie, „also auch noch feig..."

„Ja, ich fürchte mich, Sonja Feodorowna. Unsere Familie steht auf der Liste der Tscheka!"

„Und mit Recht, mein Täubchen. Euer Sündenregister ist danach, ihr Najde ... oh, pardon, ich darf ja den erlauchten Namen nicht aussprechen, sonst bekommt es die Enkelin des eisernen Reitergenerals, der seine Leute regimenterweise in den sibirischen Tod gehetzt hat, hier in ihrem molligen Berliner Schlupfwinkel mit der Angst zu tun."

„Spotte, soviel du willst, aber verrate mich nicht, du, eine Prinzessin Gureschkin..."

„Diese letzte Mahnung ist sehr fehl am Platze, Katherina Iwanowna. Die Gureschkins sind alle tot. Sie hatten auch nie etwas gemein mit eurer Sippe, bis auf das eine Mal, da ich junges, töricht-verblendetes Geschöpf, mich deinem Bruder verlobte. Nun, ich habe diesen Irrtum fürchterlich gebüßt und danke dem Himmel, daß er es an der Leidenszeit meiner Brautschaft genug sein ließ und mich vor einer Ehe mit diesem verächtlichsten aller Menschen bewahrte."

„Ja, Kolja ist ein Teufel!" Die zarte, blonde Frau schüttelt sich in Ekel und Grauen.

„Ach, sieh mal an! Bist du nun auch dahintergekommen. Aber es gab eine Zeit, eine fürchterliche Zeit war es für mich, da wart ihre alle auf seiner Seite und ließt mich in meiner Not allein, decktet jeden Verrat eures blind angebeteten Tyrannen zu und habt jede seiner Gemeinheiten bemäntelt. Du genau so wie deine Eltern. Und doch habe ich dich einmal lieb gehabt wie eine Schwester ... habe dir vertraut."

„Willst du dich jetzt rächen, Sonja Feodorowna, Witwe Komarow?"

„Ach, was bist du doch für eine schlechte Menschenkennerin geblieben, Cathérine de Greves! Ihr existiert doch längst nicht mehr für mich. Weder deine zarte Blondheit, die sich ein Versteck gesucht hat hinter der Namensheirat mit Monsieur de Greves, noch Kolja, der sich hier unter dem falschen Namen eines Michael Ruboff verbirgt."

„Du weißt also..."

„Längst, Katherina Iwanowna. Die Welt ist nämlich ganz klein, und der Zufall spielt mitunter manch närrischen Streich. Monsieur de Greves, von dem du dich laut Abmachung unter Auszahlung eines ganz respektablen Betrages unmittelbar nach eurer Trauung scheiden ließest, ist nämlich nur im nüchternen Zustand diskret. Im Suff, dem er leider immer mehr und mehr verfällt, plaudert er alles aus. Aber mache dir nichts daraus, Duschenka! Dir wird trotzdem nichts geschehen. Die Enkelin des eisernen Generals ist nämlich wirklich keine Wichtigkeit in einer Zeit und Welt, die andere, schwere Probleme hat."

„Oh, das Schicksal straft von selbst, Sonja Feodorowna", bricht es mit einem Male aus der völlig zusammengesunkenen schönen Frau hervor.

„Glaub' mir, ich büße tausendfach, was ich je gesündigt habe und büße mit für die Verfehlungen meiner Vorfahren. Denn seit Kolja plötzlich hier aufgetaucht ist und sich an meine Fersen heftet, seit er mich quält, erpreßt, mich stößt und zwingt, habe ich keine ruhige Minute mehr, keinen friedlichen Augenblick in meinem Leben, das ich mir neu aufbauen wollte ... so ganz anders, als ich es jetzt führen muß. Oh, du kennst die Macht, diese unheimliche Macht Koljas. Ich muß die Welt im Glauben lassen, Michael Ruboff sei mein Liebhaber."

„Und die Welt glaubt es dir! Ich bin wohl die einzige, die den wahren Zusammenhang weiß. Aber ich kümmere mich nicht darum. Versuche, dich von ihm zu befreien, oder geh' an ihm zugrunde. Das ist deine Sache."

„Von ihm befreien konntest nur du dich, Sonja Feodorowna, weil du ein großer, starker und reiner Mensch bist. Niemals aber wird meine Zerrissenheit diese Kraft aufbringen. Immer werde ich tun müssen, was er verlangt. Er hat Sanders auf dem Gewissen, nur er, glaube mir."

„Das will ich nicht näher untersuchen, so wie ich auch weiterhin nichts mit euch zu tun haben will. Euer Schicksal mag sich ohne mein Zutun erfüllen. Ich halte nichts davon, der Gesetzmäßigkeit des Geschehens je vorzugreifen. All' und jedes geht doch den Weg, der ihm vorgezeichnet ist."

„Warum bist du dann aber heute gekommen?"

„Um eines von dir zu verlangen. Nämlich: der Existenz eines Menschen, der bei Sanders' Sturz unschuldig mit zu Fall kam, neuen Grund und Boden zu geben, auf dem er wieder Wurzel fassen kann. Und zwar in einer Weise, die ich dir noch genau vorschreiben werde."

„Es soll alles geschehen, was du willst, Sonja Feodorowna."

„Also höre, Katherina Iwanowna. Kolja vergeudet doch wohl nur die Hälfte des Geldes, das du für ihn ... hm ... heranschaffst. Mit der anderen arbeitet er, das heißt, er ist an allerhand Unternehmungen finanziell beteiligt, nicht wahr?"

Die andere nickt.

Darauf wiederum die Komorowska:

„Es wird dir also nicht schwer fallen, durch ihn für Sanders' ehemalige Sekretärin einen Posten zu finden."

„Also um die Seydel handelt es sich?"

„Kennst du sie?"

„Kennen ist zu viel gesagt. Ich sah sie kaum öfter als so manche andere Menschen, die man sofort wieder vergißt. Ihre aparte Schönheit machte aber einen besonderen Eindruck auf mich... Und manchmal habe ich mir gewünscht, Sanders würde sich in dieses Mädchen verlieben können und dadurch von mir loskommen, die doch nur sein Unheil bedeutete. Der Mann tat mir immer leid, aber ich konnte eben nicht anders. Nun will ich gern wenigstens dem Mädchen helfen. Sag' mir, was sie haben soll. Sie bekommt alles. Ich nehme sie zu mir und gebe ihr..."

(Fortsetzung folgt.)